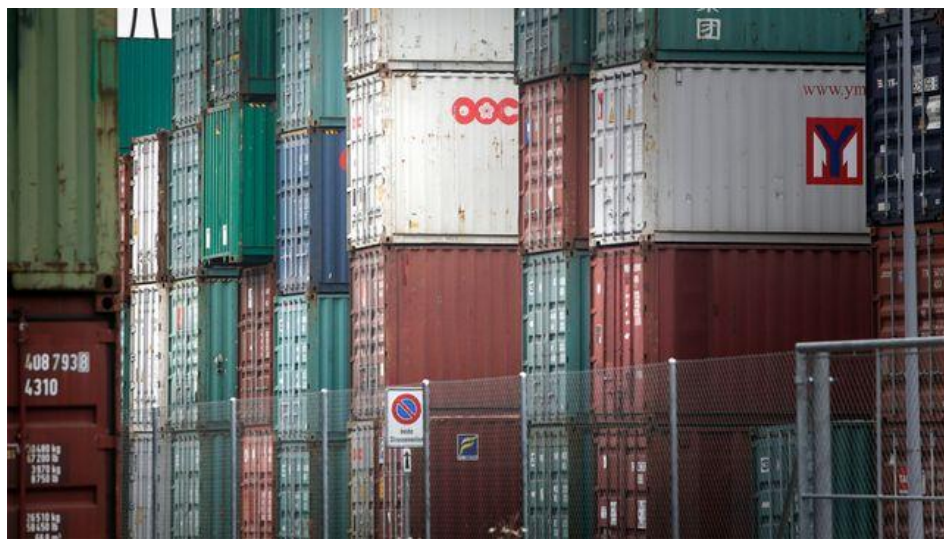


Neues Leben in der Debatte

Für Abbau von Importhürden

Wirtschaftsnachrichten Heute



Das Parlament ist bei der Revision des Kartellgesetzes hin- und hergerissen zwischen politischer Symbolik gegen «überhöhte» Importpreise und ökonomischer Vernunft. Ein neuer Vorschlag verspricht nun, beides miteinander zu verbinden. (Bild: Mirjam Graf / NZZ)

Das Parlament ist bei der Revision des Kartellgesetzes hin- und hergerissen zwischen politischer Symbolik gegen «überhöhte» Importpreise und ökonomischer Vernunft. Ein neuer Vorschlag verspricht nun, beides miteinander zu verbinden.

hus. Das Parlament tut sich schwer mit der Revision des Kartellgesetzes. Der Ständerat als Erstrat hatte die Vorlage der Regierung in einigen Punkten entschlackt, aber in einer Verbeugung vor dem politischen Zeitgeist im Gefolge der Debatte über das Frankenhoch und mutmasslich «überhöhte» Importpreise eine Kuriosität in das Gesetz eingepflanzt: Demnach wären ausländische Anbieter verpflichtet, Schweizer Nachfrager im Ausland zu den dort geltenden Bedingungen zu bedienen (und damit auf einen «Preisaufschlag Schweiz» zu verzichten).

Für marktbeherrschende Unternehmen gilt schon heute ein Verbot der Preisdiskriminierung, doch der besagte Lieferzwang soll auch für andere Anbieter gelten. Ein solcher Lieferzwang klingt zwar wettbewerbspolitisch fragwürdig (die Nachfrager haben Ausweichmöglichkeiten), widerstrebt liberalen Reflexen (der Staat soll sich grundsätzlich nicht in die Preispolitik der Firmen einmischen), weckt grosse Zweifel an der Durchsetzbarkeit (muss die Wettbewerbskommission mit der Kavallerie im Ausland einmarschieren?) und könnte auch Schweizer Exporteure treffen. Doch der Hang der Politik zu symbolischen Akten ist oft nur schwer zu unterdrücken. Kaum ein Politiker will es sich leisten, den Eindruck zu erwecken, «abzockende» ausländische Anbieter zu verteidigen.

Immerhin scheint der nationalrätlichen Wirtschaftskommission (WAK), die derzeit über diesem Dossier brütet, die Sache doch nicht ganz geheuer zu sein. Die Suche nach besseren Lösungen ist im Gange. Eine der Ideen verspricht, den mutmasslichen politischen Imperativ einer Geste gegen «überhöhte» Importpreise mit ökonomischer Vernunft zu verbinden. Der Zürcher FDP-Nationalrat und Unternehmer Ruedi Noser, ursprünglich ein Befürworter des besagten Lieferzwangs, hat angeregt, die Idee fallen zu lassen, dafür aber Importe durch den Abbau von «technischen» Hürden zu erleichtern und damit Preisdruck im Inland auszulösen. Genannte Stichworte umfassen Produkteetikettierungen, Verpackungen, Ursprungszeugnisse und zolltechnische Probleme. Noser schlägt zudem vor, dieses Thema vom Rest der Kartellgesetzrevision abzutrennen und zwei Variantenvorschläge (Lieferzwang contra Abbau von Importschranken) noch in eine Vernehmlassung zu schicken. Entscheide dazu sieht die WAK des Nationalrats für diesen Herbst vor.

«Abbau von Handelsschranken» tönt ökonomisch fast immer vernünftig und mag im Kontext der Diskussion über «überhöhte» Importpreise auch politisch einen guten Klang haben – bis es in die Details geht. Die Frage ist allerdings, wie viel Fleisch hier am Knochen ist. Einige Handelsschranken sind in den vergangenen Jahren schon gefallen und andere (wie etwa in der Landwirtschaft) sind von der politischen Mehrheit nach wie vor erwünscht. Die Bundesverwaltung hat von der nationalrätlichen WAK den Auftrag gefasst, das Potenzial zum Abbau von Handelsschranken genauer abzuklären. Auch der Wirtschaftsverband Economiesuisse plant

eine Aufstellung.

Economiesuisse und der Gewerbeverband begrüßen die Idee des Abbaus von Importhindernissen und mutmassen, dass die verbliebenen Hindernisse in der Summe eine wesentliche Preiswirkung haben könnten. Ein Papier des Staatssekretariats für Wirtschaft deutete diesen Frühling an, dass technische Handelshemmnisse weiterhin ein Faktor der Preisinsel Schweiz sein dürften.

Mehr zum Thema «Für Abbau von Importhürden»

FIRMENKOOPERATION: Mehr Rechtsunsicherheit für Arbeitsgemeinschaften

GRENZEN VON ARBEITSGEMEINSCHAFTEN: Seilziehen um Kartellrechtsrevision

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.